

Inhalt

bvöd Jahresveranstaltung 2015: „Sicherung und Finanzierung öffentlicher Infrastruktur“	1
Katherina Reiche als neue Präsidentin des bvöd gewählt	2
Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP	3
Abschlussbericht zu CEEP Projekt veröffentlicht	3
EU-News im Überblick	5
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	7
Kontakt	10

Impressum

Bundesverband Öffentliche
Dienstleistungen - Deutsche
Sektion des CEEP e.V. (bvöd)

Invalidenstraße 91
10115 Berlin

fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de



© Panimoni – Fotolia.com

bvöd Jahresveranstaltung 2015: „Sicherung und Finanzierung öffentlicher Infrastruktur“

Am Nachmittag des 29. Oktober 2015 fand die diesjährige Jahresveranstaltung des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen (bvöd) im Berliner VKU Forum zum Thema „Sicherung und Finanzierung öffentlicher Infrastruktur“ statt.

Rund 90 Teilnehmer waren zur Diskussion unter dem Titel „Sicherung und Finanzierung öffentlicher Infrastruktur – Ein neues Infrastruktur Leitbild in Europa: Die Rolle der kommunalen Wirtschaft. Eine Debatte aus Sicht von Wissenschaft und Unternehmen“ gekommen.

Auf Einladung des bvöd diskutierten **Prof. Dr. Holger Mühlenkamp** von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats (WBR) des bvöd, **Prof. Dr. Joachim Ragnitz** vom ifo-Institut in Dresden, **Dr. Kay Parplies** von der Generaldirektion ECFIN bei der Europäischen Kommission und **Günter Elste**, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn, über die Rolle der kommunalen Wirtschaft in der Sicherung und Finanzierung öffentlicher Infrastrukturen.

Moderiert wurde die Diskussion von **Prof. Dr. Christina Schaefer**, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg, und Stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd. [zum vollständigen Beitrag.](#)

Katherina Reiche als neue Präsidentin des bvöd gewählt

In der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen (bvöd) am 29. Oktober 2015 in Berlin wählten die Mitglieder des Verbandes das Präsidium und den Gesamtvorstand für die kommenden zwei Jahre. Neue Präsidentin des bvöd ist **Katherina Reiche**. Frau Reiche ist seit dem 1. September 2015 Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU). Mit der Wahl zur Präsidentin folgt sie dem früheren Hauptgeschäftsführer des VKU, **Hans-Joachim Reck**, an der Spitze des Verbandes.



Gesamtvorstand des bvöd, 29. Oktober 2015

Als weitere Mitglieder des Präsidiums wurden **Dr. Sabine Groner-Weber**, Mitglied des Vorstandes der Stuttgarter Straßenbahnen AG, **Dr. Norbert Menke**, Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, **Dr. Dieter Steinkamp**, Vorsitzender des Vorstandes der RheinEnergie AG, und **Dr. Sven-Joachim Otto**, WIBERA Wirtschaftsberatung AG aus Düsseldorf, als Schatzmeister gewählt. In der Versammlung wurde zudem ein neues Vereinsmitglied begrüßt und der Tätigkeitsbericht des bvöd über die letzten zwei Jahre vorgestellt. [zum vollständigen Beitrag](#).

Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP

Abschlussbericht zu CEEP Projekt veröffentlicht

Der Abschlussbericht des CEEP-Projekts "Exchange of Practices between leaders of Public Services: Innovation management through Industrial Relations" wurde am 8. Oktober 2015 veröffentlicht.

Das Projekt wurde 2013 ins Leben gerufen und von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt. Ziel des Projektes war der Austausch von bewährten Praktiken und Verfahren zwischen verschiedenen Anbietern öffentlicher Dienstleistungen, um eine langfristige, erfolgreiche Umstrukturierung der öffentlichen Dienstleistungen zu ermöglichen.

Der Bericht ist [hier](#) auf englischer Sprache erhältlich.

CEEP Konferenz zu Nachhaltigkeit im Sektor Öffentliche Dienstleistungen

Am 8. Oktober 2015 fand im Rahmen der Weltausstellung EXPO2015 in Mailand, Italien, zusammen mit der Mitgliedsorganisation CAP Group die CEEP Konferenz zu Nachhaltigkeit „Public Services' Providers: Making the Business Case for Sustainability“ statt. Dabei stand vor allem die Frage nach einer globalen Antwort auf den Klimawandel im Vordergrund. CEEP-Mitglieder und Vertreter der EU-Institutionen diskutierten über die Rolle der Anbieter öffentlicher Dienstleistungen bei Klimaschutz und -anpassung. Es wurde Kohärenz und Klarheit in der Gesetzgebung zu Nachhaltigkeit gefordert. Auch die Rolle der Sozialpartner wurde als besonders wichtig unterstrichen.

CEEP bei Sozialgipfel zu Wachstum und Sozialem Gleichgewicht in Brüssel

Im Vorfeld auf den Europäischen Gipfel fand in Brüssel am 15. Oktober 2015 der EU-Sozialgipfel mit dem Focus auf Jobs, Wachstum und Soziales Gleichgewicht statt. EU-Spitzenpolitiker und Sozialpartner diskutierten darüber, wie wirtschaftliches Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Weiterentwicklung des europäischen Sozialsystems unter Einbindung der Sozialpartner besser gelingen kann. [zum vollständigen Beitrag](#)

Treffen zwischen CEEP und Vize-Präsident der Kommission Frans Timmermans

Am 22. Oktober 2015 trafen sich Vertreter des CEEP mit dem Vize-Präsident der Kommission, Frans Timmermans, um Themen der Besseren Rechtsetzung und die Ausgestaltung der REFIT-Plattform zu besprechen.

Im Wesentlichen wurde die stärkere Einbindung der Sozialpartner in den Gesetzgebungsprozess der EU besprochen. Generalsekretärin Ronzitti sprach sich für die Umsetzung der Agenda für bessere Rechtssetzung aus. Ein vorhersehbarer Rechtsrahmen würde Anbietern öffentlicher Dienstleistungen die Möglichkeit geben, langfristig zu planen und zu investieren. Darüber hinaus sei eine bessere Rechtssetzung vor allem für die Modernisierung und die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen wichtig.

Frans Timmermans, European Commission First Vice-President,
with Valeria Ronzitti, CEEP General Secretary



Ebenfalls am 22. Oktober 2015 fand ein Treffen mit der neuen Generaldirektorin der Generaldirektion Wachstum (DG Growth) statt. Vertreter des CEEP und Generaldirektorin Lowri Evans besprachen das Paket über das öffentliche Beschaffungswesen sowie die EU-Richtlinie über den Zahlungsverzug. Auch hier wurde der Wunsch nach einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Sozialpartner und Kommission betont.

Die Generaldirektion Wachstum beschäftigt sich im Wesentlichen mit Fragen zu Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs.

CEEP Stellungnahme zu COP21

Mit Blick auf die UN-Klimakonferenz 2015 (COP21) in Paris hat der CEEP eine Stellungnahme zu Klimaschutzmaßnahmen veröffentlicht. Darin setzt sich der CEEP für ein ambitioniertes Klimaschutzabkommen mit bindenden Verpflichtungen ein.

Ein umfangreiches Abkommen ist auch für den Wirtschaftlichen Wachstum von großer Bedeutung. In den Klimaschutz zu investieren heißt, langfristig eine nachhaltige Entwicklung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Um das ganze Potenzial von Investitionen in klimafreundliche Lösungen ausschöpfen zu können, müssen private Investitionen von öffentlichen gestützt werden. [zum vollständigen Beitrag](#)

EU-News im Überblick

Europäische Sozialordnungspolitik im Mittelpunkt der Tagung der europäischen Arbeitsminister

Am 5. Oktober 2015 trafen sich die europäischen Arbeitsminister zu einer Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) in Luxemburg. Thematischer Schwerpunkt war die europäische Sozialpolitik. Dabei stand vor allem der im Mai 2015 von der Europäischen Kommission veröffentlichte [Fünf-Präsidenten-Bericht](#) im Mittelpunkt.

Die Minister begrüßten die Entscheidung der Europäischen Kommission zur Wiedereinführung des Sozialen Dialogs. Eine entsprechende Konferenz im März 2015 sowie die Einsetzung von zwei thematischen Gruppen, in denen sich EU und Sozialpartner austauschen konnten, seien wichtige Schritte gewesen. Bisher hätte es allerdings keine Möglichkeiten für die Mitgliedsstaaten gegeben, sich bei diesem wichtigen Thema einzubringen.

Hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion bekräftigten die Minister ihre Absicht, die Sozialordnungspolitik der EU zu stärken und die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen. Konsens bestand auch darüber, dass nachhaltige Strukturreformen sowie die Modernisierung der europäischen Sozialschutzsysteme unbedingt notwendig sind.

Weiterhin beschlossen sie eine Reihe von Leitlinien für die Arbeitspolitik in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese berücksichtigen den neuen Ansatz der EU, den Schwerpunkt auf Investitionen und Strukturreformen zu setzen. Darunter fallen die Verstärkung der Arbeitskräftenachfrage, die Erhöhung des Beschäftigungsangebots sowie Verbesserungen im Bereich der sozialen Eingliederung.

Beschäftigungssituation und soziale Lage in der EU: Positive Trends

Die Beschäftigungsquote ist in der Europäischen Union bei allen Bevölkerungsgruppen angestiegen, besonders stark jedoch bei den älteren Arbeitskräften. Auch bei jungen Menschen hat sich die Beschäftigungsquote weiter erhöht. Dies geht aus den aktuell vorgestellten Zahlen des Quartalsberichts zur Beschäftigungssituation hervor. Die Arbeitslosenquote geht indes seit Mitte 2013 langsam, aber stetig zurück. [zur Pressemitteilung](#)

Breitband- Geschwindigkeit in Europa zu langsam

Eine von der Kommission am 22. Oktober 2015 vorgelegte [Studie](#) bekundet, dass europäische Breitband-Tarifkunden nur 75 % der beworbenen Download-Geschwindigkeit erhalten. Während die durchschnittliche Download-Geschwindigkeit dank der Investitionen in die Netze erhöht wurde – von 30 Mbit/s 2013 auf 38 Mbit/s 2014 – besteht weiterhin ein Unterschied zwischen der beworbenen und der tatsächlichen Download-Geschwindigkeit.

EU-Kommission stellt neues Arbeitsprogramm für 2016 vor

Der Vize-Präsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, stellte am 27. Oktober 2015 in Brüssel das neue Arbeitsprogramm für das Jahr 2016 vor.

Die Kommission nimmt jedes Jahr ein Arbeitsprogramm an, in dem sie darlegt, welche Maßnahmen sie in den kommenden zwölf Monaten ergreifen wird. Das Arbeitsprogramm informiert die Bürgerinnen und Bürger sowie die an der Gesetzgebung beteiligten Organe der EU darüber, welche neuen Initiativen die Kommission vorlegen, welche anhängigen Vorschläge sie zurückziehen und welche bestehenden EU-Vorschriften sie prüfen wird. [zum vollständigen Beitrag.](#)

Staatliche Beihilfen : Neuer Leitfaden für eine bessere Verwendung von EU-Geldern

Die Europäische Kommission hat am 29. Oktober 2015 einen [Leitfaden zur Vergabe öffentlicher Aufträge](#) veröffentlicht. Darin wird erklärt, wie die Vorschriften der Europäischen Union für staatliche Beihilfen, das öffentliche Beschaffungswesen und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) anzuwenden sind. [zum vollständigen Beitrag](#)

Neue Binnenmarktstrategie veröffentlicht

Am 28. Oktober 2015 hat die Europäische Kommission eine neue Binnenmarktstrategie veröffentlicht, die die Vollendung des Binnenmarkts für Waren und Dienstleistungen zum Ziel hat. Dazu ist eine Reihe an Initiativen vorgesehen, die bis 2017/2018 abgeschlossen sein sollen. [zum vollständigen Beitrag.](#)

Konsultation zu Work-Life-Balance

Die Europäische Kommission hat am 11. November 2015 die erste Stufe einer neuen Konsultation zur Vereinbarkeit von Arbeitsleben und Privatleben mit Sozialpartnerorganisationen eingeleitet. Neben der Verbesserung der Work-Life-Balance geht es darum, Frauen die Beteiligung am Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen haben bis zum 4. Januar 2016 Zeit, ihre Meinung zur möglichen Ausrichtung der EU-Maßnahmen vorzulegen. [zum vollständigen Beitrag](#)

Energieunion „auf dem richtigen Kurs“

Die EU-Kommission hat am 18. November 2015 ihren ersten jährlichen Bericht zum Stand der Energieunion veröffentlicht: Seit der Verabschiedung der Rahmenstrategie für die Energieunion vor neun Monaten seien bereits große Fortschritte erzielt worden. [zum vollständigen Beitrag](#)

Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

Europäische Union stellt neue Handelsstrategie vor

Die EU-Kommission hat am 14. Oktober 2015 eine neue Handels- und Investitionsstrategie unter dem Motto „[Handel für alle: Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik](#)“ vorgestellt. Mit ihrem neuen Ansatz möchte die Kommission Wachstum und Beschäftigung zugunsten möglichst vieler Europäer fördern. Zugleich ist die neue Strategie auch als Reaktion auf die derzeit geführte Debatte über Welthandel und insbesondere über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu verstehen.

Die Handelsstrategie der Kommission soll sich künftig auf drei Grundprinzipien stützen: Wirksamkeit, Transparenz und die Gewährleistung Europäischer Werte.

Im Hinblick auf öffentliche Dienstleistungen bestätigte die Kommission, dass das Recht jedes Staates, seine Daseinsvorsorge frei gestalten zu können, gewährleistet werde. Freihandelsabkommen würden auch in Zukunft nicht die Staaten dazu zwingen, diese Dienstleistungen zu privatisieren.

In einer Stellungnahme bezeichnete CEEP die Position der EU-Kommission zu öffentlichen Dienstleistungen als ungenügend. Obwohl manche Bereiche wie Wasser, Bildung, Gesundheits- und Sozialleistungen ausdrücklich abgesichert seien, würden zu viele andere Bereiche außen vor gelassen werden.

11. TTIP Verhandlungsrunde (19. – 23. Oktober 2015)

Die 11. Verhandlungsrunde des transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) fand vom 19. bis 23. Oktober 2015 in Miami statt.

Eine Woche lang hatten die Verhandlungspartner der Europäischen Kommission und der USA über alle Kapitel des Abkommens mit Ausnahme des Investorenschutzes und der Investitionsgerichtsbarkeit beraten. Dabei ging es unter anderem um die Absenkung von Zöllen, eine Annäherung von Standards im Maschinen- und Anlagenbau, Energie- und Rohstofffragen, Dienstleistungen, Öffentliches Beschaffungswesen und den Agrarsektor mit dem Schutz für geografische Kennzeichnungen.

Die nächste Verhandlungsrunde wird voraussichtlich wieder in Brüssel stattfinden. Der Zeitpunkt steht noch nicht fest.

Der vollständige Bericht der Handelskommissarin Malmström kann [hier](#) nachgelesen werden.

Bestimmung zu nachhaltiger Entwicklung bei Umwelt und Arbeit veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 6. November 2015 ein [Konzept für Nachhaltigkeit](#) in der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) vorgestellt, mit dem eine verantwortungsvolle und ressourcenschonende Handelspolitik im Interesse von Umwelt und Menschen gefördert werden soll.

Ziel des EU-Vorschlags ist es, die anspruchsvollen Schutznormen in den Bereichen Arbeit und Umwelt sowohl in der EU als auch in den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. So sollen die Herausforderungen in den Bereichen Kinderarbeit, Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitnehmerrechte sowie Umweltschutz in Zukunft gemeinsam bewältigt werden.

Zur Pressemitteilung der Kommission geht es [hier](#).

Konferenz mit Sozialpartnern zu TTIP im Europäischen Parlament

Am 17. November 2015 fand im Europäischen Parlament eine Konferenz mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern der öffentlichen Wirtschaft mit dem Titel „TTIP – What’s in it for Social Partners?“ statt. Neben Vertretern der Sozialpartnerorganisationen, nahmen die EU-Handelskommissarin, Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie Vertreter der Luxemburgischen Ratspräsidentschaft an der Konferenz teil.

Der Luxemburgische Premierminister **Xavier Bettel** sprach sich für ein TTIP Abkommen aus, welches neue Perspektiven eröffnet, neue Arbeitsplätze schafft und welches die Werte und Standards der Europäischen Union respektiert. **Martin Schulz**, Präsident des Europäischen Parlaments, und **Bernd Lange**, Vorsitzender des Ausschusses für Handel im Europäischen Parlament, erklärten, dass der Abschluß von Freihandelsabkommen ein wichtiges Instrument in der Gestaltung der Globalisierung sei. Weiterhin beteuerten sie, dass die hohen Standards der EU auf keinen Fall beeinträchtigt werden dürften.

Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Handel, räumte ein, dass faire Bedingungen geschaffen werden müssten, vor allem bei der öffentlichen Vergabe. Das Recht der Staaten, uneingeschränkt Regelungen zu erlassen, soll auch durch die Einführung von TTIP weiterhin gewährleistet werden.



Milena Angelova, Vize-Präsidentin des CEEP, nahm an der anschließenden Panel-Diskussion „Transparency, Democracy, Accountability“ teil. Sie sprach sich für mehr Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen sowie für die stärkere Einbindung der Sozialpartner in den Verhandlungsprozess aus. Die von den Verhandlungspartnern gemachten Aussagen zu öffentlichen Dienstleistungen in TTIP seien bereits ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings gäbe es noch zu viele Ungenauigkeiten bei der Formulierung der bisher vorliegenden Texte.

Aktueller Stand zu TiSA:

Vorläufiger INTA Bericht zu TiSA veröffentlicht

Am 12. Oktober 2015 veröffentlichte Europaabgeordnete Viviane Reding, früher als erwartet, einen ersten Entwurf des vom Handelsausschuss im Europaparlament (INTA) geplanten Berichts zu TiSA.

In dem Bericht spricht sich Reding grundsätzlich für den Abschluß des Abkommens aus. Probleme sieht sie vor allem in den Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen, der Transparenz und der Datensicherung. In Bezug auf den Schutz von öffentlichen Dienstleistungen und Leistungen der Daseinsvorsorge verpflichtet sich Reding, diesen gewährleisten zu wollen.

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat bereits eine [Stellungnahme](#) zu dem Entwurf veröffentlicht. Auch hier wird der Schutz öffentlicher Dienstleistung als hohe Priorität eingestuft.

Der Bericht kann [hier](#) nachgelesen werden.

[CEEP Stellungnahme zu dem Reding-Bericht](#)

Aktueller Stand zu ISDS:

Europäische Kommission schlägt Investitionsgerichtsbarkeit für EU-Handels- und Investitionsabkommen vor

Die Europäische Kommission hat den Vereinigten Staaten am 12. November 2015 einen Textvorschlag zum Investitionsschutz und zur Investitionsgerichtsbarkeit für das geplante TTIP Abkommen vorgelegt. Der Vorschlag stützt sich im Wesentlichen auf den am 16. September von der Kommission veröffentlichten Vorschlag für eine Reform des bisherigen ISDS-Systems.

[Zur Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

[Zu dem Vorschlag der EU-Kommission](#)

Kontakt

[bvöd-Geschäftsstelle](#)

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

email info@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de